

IKZM Deutschland - Aktuell – Nr. 1, 6. Juni 2002

Inhalt:

- 1 IKZM-Neuigkeiten in Kürze:**
 - 1.1 Neues Projekt 1: Interdisziplinäre Forschung zum Küstenzonenmanagement: Tourismus, Naturschutz und Baggergutverklappung in der Küstenregion Warnemünde-Kühlungsborn
 - 1.2 Neues Projekt 2: Coastal Network - Coastal Zone Agenda 21 - Nachhaltige Küstenraumentwicklung in der Ostseeregion
 - 1.3 Neues Projekt 3: Klimawandel und präventives Risiko- und Küstenschutzmanagement an der deutschen Nordseeküste" (KRIM)
 - 1.4 Rat und Parlament der Europäischen Union veröffentlichen Empfehlung zum IKZM
 - 1.5 Aktueller Stand zum Emssperrwerk
 - 1.6 Ergebnisse der 5. Internationalen Nordseeschutz Konferenz in Bergen/Norwegen
 - 1.7 Aktueller Stand der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie in Deutschland
 - 1.8 Hamburg beantragt weitere Elbvertiefung
 - 1.9 Neue Veränderungen zum Tiefwasserhafen Wilhelmshaven
 - 1.10 Aktuelle Entwicklungen zur Offshore-Windenergie
 - 1.11 Richtungsweisende Methodenstandards im Naturschutz formuliert
 - 1.12 Neues Naturschutzgesetz in Kraft

- 2 IKZM-Publikationen:**
 - 2.1 Neue Aufgaben in den deutschen Küstenzonen
 - 2.2 Die Nordsee - Gefährdungen und Forschungsbedarf
 - 2.3 Umweltbericht 2002
 - 2.4 Marine and coastal environment
 - 2.5 GREENPEACE-Magazin
 - 2.6 Umweltgutachten 2002
 - 2.7 Application of NATURA 2000 in the Marine Environment

- 3 IKZM-Termine:**
 - 3.1 Aktuelle Probleme der Meeresumwelt - 12. Symposium der Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie
 - 3.2 Nachhaltige Nutzung von Küstenzonen und Meeren - Konferenz Carl Duisberg Gesellschaft, Zentrum für Marine Tropenökologie, WWF.
 - 3.3 2nd European Symposium on Knowledge and Information for the Coastal Zone - Infocoast
 - 3.4 Offshore-Windenergie - Schifffahrt, Windpark, Umwelt - Fachtagung Germanischer Lloyd
 - 3.5 Coastal Network - Coastal Zone Agenda 21 - Konferenz (siehe oben)
 - 3.6 1st Wind Energy Conference and Exhibition - WIP München
 - 3.7 Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung
 - 3.8 Low-lying coastal areas. Hydrology and integrated coastal zone management - Internationales Symposium der Bundesanstalt für Gewässerkunde
 - 3.9 Coastal Environment 2002 - 4th International Conference on Environmental Problems in Coastal Regions
 - 3.10 The 11th International Biennial Conference on: Physics of Estuaries and Coastal Seas - Institut für Ozeanographie, Universität Hamburg
 - 3.11 Littoral 2002 - The Changing Cost - Sixth International Conference by EUCC and Eurocoast Federation

- 4 IKZM- Links:**
 - 4.1 Contis - BSH
 - 4.2 Umweltdatenkatalog
 - 4.3 Fona-Net

IKZM-Neuigkeiten in Kürze:

1.1 Neues Projekt 1: Interdisziplinäre Forschung zum Küstenzonenmanagement: Tourismus, Naturschutz und Baggergutverklappung in der Küstenregion Warnemünde-Kühlungsborn

Das Projekt „Interdisziplinäre Forschung zum Küstenzonenmanagement: Tourismus, Naturschutz und Baggergutverklappung in der Küstenregion Warnemünde-Kühlungsborn“ wird vom Institut für Ostseeforschung/Warnemünde, dem Ostseeinstitut für Seerecht und Umweltrecht der Universität Rostock und dem Institut für Agrarökonomie und Verfahrenstechnik der Universität Rostock getragen und von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt gefördert (Pilotphase Januar 2002 - Dezember 2002). Die Absicht des Projektes ist das Aufweisen von Perspektiven für eine nachhaltige Entwicklung der Küstenregion sowie die Ausarbeitung von konkreten Lösungsansätzen unter Beteiligung der Entscheidungsträger und Nutzer, welches durch das Verflechten von juristischen, sozioökonomischen und naturwissenschaftlichen Grundvoraussetzungen und Untersuchungen gewährleistet wird. Dabei werden u.a. Nutzungskonflikte exemplarisch dokumentiert und quantifiziert, Nutzern und Entscheidungsträger benannt und zusammengeführt sowie relevante Daten und Entscheidungsgrundlagen bereitgestellt und analysiert.

Weitere Informationen können über: gerald.schernewski@io-warnemuende.de eingefordert werden.

1.2 Neues Projekt 2: Coastal Network - Coastal Zone Agenda 21 - Nachhaltige Küstenraumentwicklung in der Ostseeregion

„Coastal Network - Coastal Zone Agenda 21 (CoNet CZA 21)“ ist ein von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt unterstütztes Projekt für eine nachhaltige Küstenraumentwicklung in der Ostseeregion (Pilotphase November 2001 - November 2002) unter der Beteiligung vom Geographischen Institut der Universität Hannover, dem Büro Mensch und Region/Hannover, dem Institute for Environmental Science and Management/Riga und dem Baltic Local Agenda 21 Forum (BLA21F)/Nykøbing, Dänemark. Das Projekt hat sich eine Entwicklung und Erprobung neuer Strategien zur Umweltentlastung der Ostsee, eine Konzeption zur nachhaltigen Küstenraumentwicklung und -raumordnung und eine umfassende und aktive Partizipation der Öffentlichkeit bei der Planung und Entwicklung in Küstenregionen des Ostseeraumes zum Ziel gesetzt. Dabei will CoNet CZA 21 die bereits existierenden, vielfältigen lokalen und regionalen Netzwerke, Bürgergruppen und Lokale Agenda 21-Gruppen in der gesamten Ostseeregion nutzen. Weitere Informationen können unter: <http://www.conet21.de> eingesehen werden. (siehe aber auch IKZM-Termine)

1.3 Neues Projekt 3: Klimawandel und präventives Risiko- und Küstenschutzmanagement an der deutschen Nordseeküste" (KRIM)

Das interdisziplinäre Verbundvorhaben KRIM hat das Ziel, Orientierungs- und Handlungswissen für die gesamtgesellschaftliche Zukunftsaufgabe "Risikomanagement im Küstenschutz unter Unsicherheitsbedingungen" bereitzustellen (Förderung durch Bundesministerium für Bildung und Forschung). Vor dem Hintergrund der Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung der natürlichen Rahmenbedingungen mit steigendem Risikopotential an der Küste und den gesellschaftlichen Erwartungen an einen zukunftsorientierten Küstenschutz halten es die Projektverantwortlichen für dringend erforderlich, ziel- und praxisorientiert wissenschaftliche Beiträge zu Themen zu leisten, wo dieses bisher nicht notwendig war oder schien. Diese lassen sich in der zentralen Frage des Verbundvorhabens zusammenfassen: Welche Anforderungen stellen ein beschleunigter Meeresspiegelanstieg und verstärkte Extremereignisse an den in ein integriertes Küstenzonenmanagement einzubindenden zukünftigen Küstenschutz und welche gesellschaftlichen Interpretationsmuster und Entscheidungsvorgänge beeinflussen diesen Prozess? Ausgehend von der Erkenntnis, dass die Gesellschaft den Zustand ihrer Umwelt über einen filternden Perzeptions- und Kommunikationsprozess wahrnimmt und die Aktivierung ihrer Instrumente das Ergebnis komplexer Meinungsbildungsprozesse ist, müssen die entsprechenden Fachdisziplinen an dieser Funktionsanalyse "Naturraum, Küstenschutz und Gesellschaft" beteiligt werden. In einem top-down-Ansatz ist deshalb eine Projektstruktur des Verbundvorhabens mit 7 Teilprojekten (TP) entwickelt worden, die natur-, ingenieur- und sozialwissenschaftliche Disziplinen umfasst.

Weitere Informationen können unter <http://www.krim.uni-bremen.de/index.html> recherchiert werden.

1.4 Rat und Parlament der Europäischen Union veröffentlichen Empfehlung zum IKZM

Im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften vom 05. März 2002 wurde der Gemeinsame Standpunkt des Europäischen Rates zu den Empfehlungen der Europäischen Kommission vom 08.

September 2000 zur Umsetzung einer Strategie zum integrierten Management der Küstengebiete in Europa veröffentlicht. Die Empfehlung des Europäischen Rates zielt darauf ab, einen Beitrag zu einer in ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht günstigen und nachhaltigen Entwicklung der Küstengebiete zu leisten. Die Umsetzung der nationalen Strategien soll zu einem besseren Verständnis der (ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen) Prozesse, die Einfluss auf die Küstengebiete haben, zu einer verstärkten Beteiligung der interessierten Kreise ab der Bewirtschaftung der Küstengebiete und zu besser geeigneten und koordinierten sektoralen Politiken, Verwaltungssystemen und örtlichen Initiativen führen. Das Dokument kann abgerufen werden unter: <http://europa.eu.int/eur-lex/pri/de/oj/dat/2002/ce058/ce05820020305de00010007.pdf>

1.5 Aktueller Stand zum Emssperrwerk

Das Emssperrwerk, in der Vergangenheit großer Streitpunkt zwischen Umweltverbänden und Niedersächsischer Landesregierung, wird weiter gebaut und vermutlich termingerecht Ende diesen Jahres - entgegen den Hoffnungen der Umweltverbände - in Betrieb gehen. Die juristischen Auseinandersetzungen um das Bauwerk gehen allerdings vor dem Oberverwaltungsgericht in Lüneburg weiter. Sie nehmen mittlerweile grundsätzlichen Charakter an, denn es geht den Verbänden vornehmlich um die Frage der Rechtmäßigkeit eines so folgenschweren Großbauwerks in einem EU-Vogelschutzgebiet.

1.6 Ergebnisse der 5. Internationalen Nordseeschutz Konferenz in Bergen/Norwegen

Die Nordseeanrainerstaaten wollen einen Rettungsplan zum Schutz der bedrohten Schweinswale entwickeln. Darauf einigten sich die Minister zum Abschluss der 5. Internationalen Nordseeschutz-Konferenz in Bergen (Norwegen). Kurzfristiges Ziel ist es, die Beifänge der Schweinswale und anderer Arten in den Fischereinetzen deutlich zu verringern. Neben einer Verbesserung der Fischereimethoden zum Schutz der bedrohten Schweinswalbestände einigten sich die Konferenzteilnehmer auf die Einführung eines Ökosystemansatzes sowie auf Maßnahmen zum Schutz vor den Gefahren gentechnisch veränderter Organismen und zur Schifffahrt. Die Konferenz beschloss, bis zum Jahre 2010 in der Nordsee ein Netz von Schutzgebieten zu schaffen. Dieses wird dazu beitragen, die Vielfalt von Arten und Lebensräumen im Meer zu erhalten. Aus Vorsorgegründen sprachen sich die Minister gegen die Freisetzung gentechnisch veränderter Meeresorganismen in die Meeresumwelt aus, da solche Organismen aus der Meeresumwelt praktisch nicht zurückgeholt werden können. Weiterhin wurde ein umwelt- und naturverträglicher Ausbau von Windenergieparks auf See beschlossen. Der Ausbau der Windenergienutzung soll unter Berücksichtigung des Meeresumweltschutzes erfolgen, wie dies auch in der Strategie der Bundesregierung enthalten ist. Im Bereich der Seeschifffahrt sollen die bestehenden Übereinkommen dahingehend überprüft werden, ob für die Haftung bei Umweltschäden Ergänzungen notwendig sind. Um Umweltstraftaten wirkungsvoll verfolgen zu können, sollen die auf solche Tatbestände spezialisierten Strafverfolgungsbehörden international zusammenarbeiten. Angestrebt wird ferner, den Schwefelgehalt in Schiffstreibstoffen weltweit weiter zu reduzieren und die Anforderungen an Einleitungen von Chemikaliertankern zu verstärken. Die Ergebnisse der Konferenz sind in der „Bergen Deklaration“ festgehalten, die unter <http://www.dep.no/md/nsc/> verfügbar ist.

1.7 Aktueller Stand der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie in Deutschland

Am Ende April hat der Bundesrat das Wasserhaushaltsgesetz endgültig novelliert. Mit der Verabschiedung der Novelle des Gesetzes konnte die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie im Bundesrecht abgeschlossen werden. Nunmehr können auch die Bundesländer ihre Landeswassergesetze fristgemäß bis Ende 2003 den europäischen Regelungen anpassen. Mit der Novelle ist der Einstieg in eine grenzüberschreitende nachhaltige Gewässerbewirtschaftung rechtlich verankert. Ziel ist es, dass alle Gewässer bis 2015 einen guten Zustand erreichen, nicht nur bei Schadstoffen, sondern auch bei der im Wasser heimischen Tier- und Pflanzenwelt. Dazu müssen bis 2009 Bewirtschaftungspläne erarbeitet werden.

1.8 Hamburg beantragt weitere Elbvertiefung

Die nächste Elbvertiefung wird von der Hamburger Hafenwirtschaft, der Handelskammer, von den Reedern und vom Hamburger Senat geplant. Der Verein „Rettet die Elbe“ und die Aktionskonferenz Nordsee halten eine weitere Elbvertiefung aus ökologischen Gründen für nicht mehr vertretbar. Die Elbe hat nach der letzten Vertiefung im Jahr 1999 eine Fahrwassertiefe von 16 m. Die Elbe soll laut Hamburger Senat nochmals um 1,5 m vertieft werden. Als Begründung für erneute Vertiefung werden

der steigende Containertransport und größer werdende Containerschiffe herangezogen. Für die Vertiefungs-Gegner bedeutet eine erneute Vertiefung um 1,5 m, dass an viel mehr Stellen und über wesentlich längere Abschnitte als bisher Vertiefungsmaßnahmen erforderlich seien. Dies habe dramatische Auswirkungen auf den Tidenhub der Elbe haben mit der Gefahr stärkerer Hochwasser. In der Folge müssten die Elbdeiche in Niedersachsen und Schleswig-Holstein erhöht werden. Die Strömungsgeschwindigkeit der Elbe werde ebenfalls zunehmen, mit erheblichen Auswirkungen auf Flora und Fauna. Außerdem seien die Containerschiffe, mit als mehr als 10.000 Container Transportkapazität, von weltweit keiner Reederei im Schiffsbau geplant und es gäbe nicht einmal fünf Häfen, die solche Schiffe anlaufen könnten.

1.9 Neue Veränderungen zum Tiefwasserhafen Wilhelmshaven

Der Hamburger Senat hat Ende Mai offiziell den Ausstieg der Hansestadt aus dem geplanten Tiefwasserhafenprojekt in Wilhelmshaven beschlossen. Weder die Stadt noch die Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG (HHLA) werden sich an einer Entwicklungs- oder Betreibergesellschaft für den niedersächsischen Hafen beteiligen. Nach Pressemeldungen vom Hamburger Senat sollen die von der Stadt eingesparten 80 Mio. Euro und die 200 Mio. Euro der HHLA, die für eine Beteiligung hätten aufgewendet werden müssen, zur Entwicklung des Hamburger Hafen eingesetzt werden. Die Regierungen der Bundesländer Hamburg, Bremen und Niedersachsen hatten vor einem Jahr den Tiefwasserhafen als gemeinsames Projekt vereinbart, um riesige Containerschiffe der nächsten Generation abfertigen zu können. Der Ausstieg wird von vielen Naturschutzorganisationen als Indiz für eine weitere geplante Elbvertiefung (siehe auch 1.8) gesehen.

1.10 Aktuelle Entwicklungen zur Offshore-Windenergie

→ WWF fordert eine Begrenzung auf drei Pilotvorhaben in Nord- und Ostsee

Bei der zehnten Antragskonferenz für einen Offshore-Windenergiepark Mitte April 2002 forderte der WWF das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie auf, von den 30 vorliegenden Anträgen für Offshore-Windparks nur zwei Pilotvorhaben für die Nordsee und eines für die Ostsee zu genehmigen, um eine naturverträgliche Entwicklung zu gewährleisten. Eine installierte Leistung bis 500 MW in der Pilotphase ermöglicht es belastbare Ergebnisse zu erzielen. Der WWF hält eine Konzentration dieser Pilotparks auf drei Flächen für dringend erforderlich, damit die wesentlichen Umweltauswirkungen von Offshore-Windparks untersucht werden können. Im Anschluss können Eignungsflächen für Windparks auf dem Meer ausgewiesen werden.

Weitere Informationen unter: <http://www.wwf.de/presse/pressearchiv/artikel/00377/index.html>

→ Die Stadt Borkum klagt gegen Windkraft

Die Stadt Borkum hat laut einer Pressemitteilung eine Hamburger Anwaltskanzlei damit beauftragt, gegen die Genehmigung des Windparks Borkum-West (PROKON-Nord) durch das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie zu klagen. Der vollständige Wortlaut der Pressemitteilung kann über die Stadt Borkum abgefragt werden.

→ Studie des Bundesumweltministeriums zur internationalen Windenergienutzung auf See
Weltweit beträgt die bisher installierte Leistung aus Offshore-Windparks erst etwa 80 Megawatt. Damit steht die Nutzung der Windenergie auf dem Meer noch am Anfang. Die wenigen bisher gebauten Offshore-Anlagen verteilen sich auf die vier europäischen Länder Dänemark, Schweden, Niederlande und Großbritannien und sind dort als Demonstrationsvorhaben in relativ kurzer Entfernung zu den entsprechenden Küsten aufgebaut worden. Intensiv mit dem Thema der Windenergienutzung auf See befassen sich darüber hinaus außer Deutschland vor allem Belgien und Frankreich. Das ist ein Ergebnis einer Studie zur internationalen Situation der Windenergienutzung auf See, die im Auftrag des Bundesumweltministeriums durchgeführt wurde. Allein in Deutschland ist längerfristig (bis etwa 2030) ein Anteil des Offshore-Windstroms von 15 Prozent des Stromverbrauchs, gemessen am Bezugsjahr 1998, möglich. Zusammen mit den Windrädern an Land würde dann ein Viertel des heutigen Strombedarfs klimaschonend aus Windkraft erzeugt. Die Studie ist im Internet unter: www.bmu.de eingestellt.

→ Niedersachsen muss mit dem Ausbau der Windkraft auf See endlich in die Gänge kommen
Die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium Gila Altmann hat die niedersächsische Landesregierung aufgefordert, bei der Ausbauplanung der Windkraft auf See endlich den großen Worten Taten folgen zu lassen. Bisher habe Niedersachsen bisher keinerlei konzeptionelle Planungen, wo die künftigen Kabeltrassen verlaufen sollen, ganz zu schweigen von Plänen für eine Bündelung der Trassen, die die Umwelt weniger belasten würde. Für die vom

Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie genehmigte erste Offshore-Windkraft-Anlage nördlich von Borkum prüfe Niedersachsen, zuständig für die Genehmigung der Kabeltrassen im niedersächsischen Küstenmeer, die benötigt werden, um den Strom vom Meer an Land zu übertragen, bereits seit zwei Jahren, konnte aber bislang nicht einmal das Raumordnungsverfahren dazu abschließen. Auch ein technisches Konzept für die Bündelung der Kabel durch das niedersächsische Küstenmeer läge bisher nicht vor. Die gesamte niedersächsische Küste ist als Nationalpark Wattenmeer ausgewiesen.

→ Förderung der Erneuerbaren Energien: Kürzungen wie in Dänemark

Nach dem Regierungswechsel ist in Dänemark eine erhebliche Kürzung der bisherigen Förderung für erneuerbare Energien vorgesehen. Dies betrifft insbesondere die dänische Windkraftbranche. Direkte Förderungen für die Stromerzeugung aus Wind, aber auch die engagierten dänischen Offshore-Pläne, sollen erheblich gekürzt, teilweise sogar völlig gestrichen werden. Diese Bilanz wird vom Wirtschaftsverband Windkraftwerke (WVW) gezogen. Eine solche Entwicklung sei in Deutschland allerdings nicht möglich, denn mit dem vor zwei Jahren in Kraft getretenen Gesetz zum Vorrang Erneuerbarer Energien (EEG) sind lediglich die Abnahmeverpflichtungen für regenerativ erzeugten Strom und die dafür von den Energieversorgungsunternehmen zu zahlenden Vergütungen festgelegt. Direkte staatliche Hilfen im Bereich der Stromproduktion aus Windkraft gibt es somit in Deutschland nicht. Bei den Offshore-Windparkplänen handelt es sich in Dänemark um ein staatliches Programm, in Deutschland hingegen werden diese Projekte auf rein privatwirtschaftlicher Basis der Projektierungs- und Betreibergesellschaften entwickelt.

1.11 Richtungsweisende Methodenstandards im Naturschutz formuliert

Das Bundesamt für Naturschutz hat die Ergebnisse eines fast vierjährigen Forschungs- und Entwicklungsvorhabens veröffentlicht, das allgemein anerkannte Standards und Methoden im Naturschutz festlegt. Für die einzelnen planerischen Arbeitsschritte (Landschaftspläne, Pflege- und Entwicklungspläne) und Methoden des Naturschutzes wurden umfangreiche Standardvorschläge entwickelt. Laut einer Mitteilung des Bundesamtes ist es in diesem Vorhaben erstmals gelungen, methodische Mindeststandards für wichtige Naturschutzaufgaben in ausreichender Präzision zu entwickeln. Über die Naturschutzplanung im engeren Sinn hinaus leisten die Ergebnisse des Vorhabens damit wichtige Beiträge zur Optimierung der Grundlagenerhebung, der Datenaufbereitung und der Verfahrensoptimierung auch in anderen Betätigungsfeldern des Naturschutzes, wie z.B. dem Küstenzonemanagement.

Nachzulesen sind die Ergebnisse des Forschungsvorhabens in der Veröffentlichung „Entwicklung und Festlegung von Methodenstandards im Naturschutz“ von H. Plachter, D. Bernotat, R. Müssner und U. Riecken, die über den BfN-Schriftenvertrieb im Landwirtschaftsverlag unter +49 (02501) 801-300 bestellt werden kann.

1.12 Neues Naturschutzgesetz in Kraft

Mit der jetzt in Kraft tretenden Gesetzesnovelle wird das alte Bundesnaturschutzgesetz von 1976 abgelöst. Der größte Teil der Vorschriften des Naturschutzgesetzes, etwa die Regelungen zur Schaffung eines Biotopverbunds auf mindestens 10 Prozent der Landesfläche, sind Rahmenvorgaben für die Länder. Diese haben drei Jahre Zeit, die Regelungen in ihr Landesrecht zu übernehmen. Einige Bestimmungen gelten aber auch unmittelbar, etwa die auf Bundesebene neu eingeführte Verbandsklage. Das neue Bundesnaturschutzgesetz ist neben der Förderung einer natur- und umweltverträglichen Landwirtschaft und einer Neu-Definition des Verhältnisses von Naturschutz zu Sport und Erholung aber auch für den Umbau der deutschen Energieversorgung und die Erfüllung der bundesdeutschen Klimaschutzziele von Bedeutung: Mit der Naturschutznovelle werden zugleich die Voraussetzungen für den weiteren Ausbau der Windkraftnutzung auf dem Meer geschaffen, insbesondere in der ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) im Bereich zwischen 12 und 200 Seemeilen vor der Küste. Der Meeresnaturschutz wird insgesamt deutlich aufgewertet. In der AWZ kann der Bund künftig auch Schutzgebiete nach Fauna-Flora-Habitat (FFH), bzw. Vogelschutzrichtlinie der EU ausweisen. Dies war bislang nicht möglich.

Zusätzliche Informationen können auf den Seiten des Bundesumweltministeriums eingesehen werden: <http://www.bmu.de>

=====

2 IKZM-Publikationen:

2.1 Neue Aufgaben in den deutschen Küstenzonen

Die Akademie für Raum- und Landesplanung Hannover hat ein neues Werk mit dem Titel „Neue Aufgaben in den deutschen Küstenzonen“ herausgegeben (Arbeitsmaterial Nr. 280, 2001). Eine Bestellung ist möglich unter: <http://arl-net.de/veroe/am.html>

2.2 Die Nordsee - Gefährdungen und Forschungsbedarf

Das Zentrum für Meeres- und Klimaforschung der Universität Hamburg hat eine Broschüre „Die Nordsee - Gefährdungen und Forschungsbedarf“ veröffentlicht. Angefordert werden kann sie über: walter.lenz@dkrz.de

2.3 Umweltbericht 2002

Das Bundeskabinett hat den vom Bundesumweltminister vorgelegten Umweltbericht 2002 beschlossen. Der Bericht mit dem Titel „Ökologisch-modern-gerecht“ zieht ein Fazit der Umweltpolitik der vergangenen vier Jahre. Der Umweltbericht erscheint alle vier Jahre und dient gemäß Umweltinformationsgesetz der Unterrichtung der Öffentlichkeit sowie des Parlaments. Der Bericht kann unter <http://www.bmu.de> abgerufen werden.

2.4 Marine and coastal environment

Die European Environment Agency hat einen Titel „Marine and coastal environment - Annual topic update 2000“ veröffentlicht. Er kann unter: http://reports.eea.eu.int/topic_report_2001_11/en herunter geladen werden.

2.5 GREENPEACE-Magazin

Der Titel des aktuellen GREENPEACE-Magazins (Ausgabe 02/2002) lautet: „Fisch am Ende“. Es beleuchtet die weltweite Überfischung der Meere. Weitere Informationen unter: <http://www.greenpeace-magazin.de>

2.6 Umweltgutachten 2002

Das Umweltgutachten 2002 ist beim Rat der Sachverständigen Umwelt zu erhalten, Reichpietschufer 60, 10785 Berlin, Tel. 030/263696-0. Eine Kurzfassung ist im Internet unter www.umweltrat.de abrufbar.

2.7 Application of NATURA 2000 in the Marine Environment

Das Werk „Application of NATURA 2000 in the Marine Environment - Workshop at the International Academy for Nature Conservation (INA) on the Isle of Vilm (Germany) from 27 June to 1 July 2001“ ist als Skript Nr. 56/2002 vom Bundesamt für Naturschutz herausgegeben worden. Ein Download ist möglich unter: <http://www.bfn.de/09/natura2000marin.pdf>

3 IKZM-Termine:

3.1 Aktuelle Probleme der Meeresumwelt - 12. Symposium der Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie

Datum: 05. - 06. Juni 2002, Anmeldung: bis 15. Mai 2002

Ort: Hotel „Hafen Hamburg“ (Elbkuppelsaal), Seewartenstr. 9, 22359 Hamburg

Information unter: <http://www.bsh.de/Allgemeininfos/Veranstaltungen/Symposium/Symposium.htm>

3.2 Nachhaltige Nutzung von Küstenzonen und Meeren - Konferenz Carl Duisberg Gesellschaft, Zentrum für Marine Tropenökologie, WWF.

Datum: 10. - 13. Juni 2002

Ort: Bremen

Informationen über: FothM@cdg.de

3.3 2nd European Symposium on Knowledge and Information for the Coastal Zone - Infocoast

Datum: 13. - 15. Juni 2002,

Ort: Noordwijkerhout, Niederlande

Informationen über: linda@iprolink.ch ; unter: www.infocoast.org

3.4 Offshore-Windenergie - Schifffahrt, Windpark, Umwelt - Fachtagung Germanischer Lloyd

Datum: 17. Juni 2002, Anmeldung bis: 18. Mai 2002

Ort: Hotel „Hafen Hamburg“ (Elbkuppelsaal), Seewartenstr. 9, 22359 Hamburg

Informationen unter: <http://www.germanlloyd.org/news/offshore.html>

3.5 Coastal Network - Coastal Zone Agenda 21 - Konferenz (siehe oben)

Datum: 28. - 30. Juni 2002

Ort: Roja, Lativa

Informationen unter: <http://www.conet21.de/announcement.htm>

3.6 1st Wind Energy Conference and Exhibition - WIP München

Datum: 04. - 08. Juli 2002

Ort: Berlin

Informationen über: wip@wip-munich.de ; unter: <http://www.world-wind-conference.org/>

3.7 Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung

Datum: 26. August - 04. September 2002

Ort: Johannesburg, Südafrika

Informationen über: <http://www.johannesburgsummit.org/> oder <http://www.weltgipfel2002.de/>

3.8 Low-lying coastal areas. Hydrology and integrated coastal zone management - Internationales Symposium der Bundesanstalt für Gewässerkunde

Datum: 09. - 12. September 2002

Ort: Bremerhaven

Informationen über: strigel@bafg.de ; unter: <http://www.bafg.de>

3.9 Coastal Environment 2002 - 4th International Conference on Environmental Problems in Coastal Regions

Datum: 16. - 18. September 2002

Ort: Rhodes, Greece

Information unter: <http://www.wessex.ac.uk/conferences/2002/coastal02/>

3.10 The 11th International Biennial Conference on: Physics of Estuaries and Coastal Seas - Institut für Ozeanographie, Universität Hamburg

Datum: 17. - 20. September 2002

Ort: Hamburg

Informationen über: hans.burchard@io-warnemuende.de ; unter: <http://www.pecs-conference.org/>

3.11 Littoral 2002 - The Changing Cost - Sixth International Conference by EUCC and Eurocoast Federation

Datum: 22. - 26. September 2002

Ort: Porto, Portugal

Informationen über: fpinto@fe.up.pt ; unter: <http://www.fe.up.pt/eurcoast/littoral2002/>

4 IKZM- Links:

4.1 Contis - BSH

http://www1.bsh.de/Meeresumweltschutz/Rechtsangelegenheiten/CONTIS/CONTIS_2001.htm

CONTIS (Continental Shelf Information System) ist eine neue, vom Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie entwickelte Meeres-Datenbank, die auf einen Blick zeigt, welche unterschiedlichen Nutzungen unsere Meeresumwelt heute und in Zukunft bietet. Die entsprechenden Geodaten aus CONTIS, beispielsweise zu Seeschifffahrt, Rohstoffabbau, geplanten Offshore-Windparks oder ökologischen Schutzgebieten, stehen gebündelt in Form digitaler Karten zur Verfügung. Visualisiert wird unter anderem der Flächenanteil der jeweiligen Nutzung, Schnittflächen zu anderen Nutzern und der Raum freier, bisher ungenutzter Seegebiete. So optimiert CONTIS die Möglichkeiten, sich anbahnende Interessenkonflikte zwischen einzelnen Nutzungen frühzeitig zu erkennen. CONTIS (Continental Shelf Information System) konzentriert sich auf den deutschen Festlandssockel und die ausschließliche Wirtschaftszone.

4.2 Umweltdatenkatalog

<http://www.umweltdatenkatalog.de>

Der Umweltdatenkatalog (UDK) ist ein Informationssystem zum Nachweis umweltrelevanter Datenbestände in öffentlichen Verwaltungen. Der Begriff „Datenbestand“ wird hierbei weit gefasst. Auch Projekte, Fachaufgaben, Programme werden beispielsweise im UDK beschrieben. Der UDK stellt damit ein sogenanntes Metainformationssystem dar. Er soll darüber Auskunft geben, „wer“ „wo“ über „welche“ umweltrelevanten Daten verfügt.

4.3 Fona-Net

<http://www.fona.de/>

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert Lösungsansätze für die Nachhaltigkeit und ihre modellhafte Umsetzung. Das neue Internet-Portal www.fona.de fasst die "Forschung für eine nachhaltige Entwicklung" jetzt erstmals an einer Stelle zusammen. Das Internet-Portal stellt alle vier Förderschwerpunkte des BMBF dar. Neben der ressourcenschonenden Produktion in der Wirtschaft sind das globale wie regionale Konzepte der Nachhaltigkeit sowie die sozial-ökologische Forschung. Besonders der Schwerpunkt der regionalen Nachhaltigkeit mit der Forschung für ein Flusseinzugsgebietsmanagement ist für das IKZM interessant.

=====
IKZM Deutschland - Aktuell - ist ein regelmäßig kostenlos erscheinender E-Mail-Newsletter, der von der deutschen Sektion der EUCC (European Union for Coastal Conservation) veröffentlicht wird.

Sie erhalten diese E-Mail, da Ihre Adresse den Herausgebern übermittelt wurde.

Möchten Sie keine IKZM-Informationen mehr erhalten, so können Sie diesen Newsletter unter der E-Mail Adresse: ikzmnews@io-warnemuende.de abbestellen.

Beiträge, Fragen und Feedback zum Newsletter können Sie an die gleiche E-Mail Adresse senden: ikzmnews@io-warnemuende.de

Ein Archiv für diesen deutschen und den internationalen Newsletter der EUCC inklusive Suchmaschine steht Ihnen in Bälde unter <http://www.coastalguide.org> zur Verfügung.

Verantwortliche Herausgeber:

PD Dr. Gerald Schernewski (gerald.schernewski@io-warnemuende.de)

Carsten Droste (carsten.droste@io-warnemuende.de)

Institut für Ostseeforschung

Seestr. 15

18119 Rostock-Warnemünde

Telefon: +49 (0381) 5197 207

Fax: +49 (0381) 5197 211

© Schernewski, Droste / 6. Juni 2002
=====